

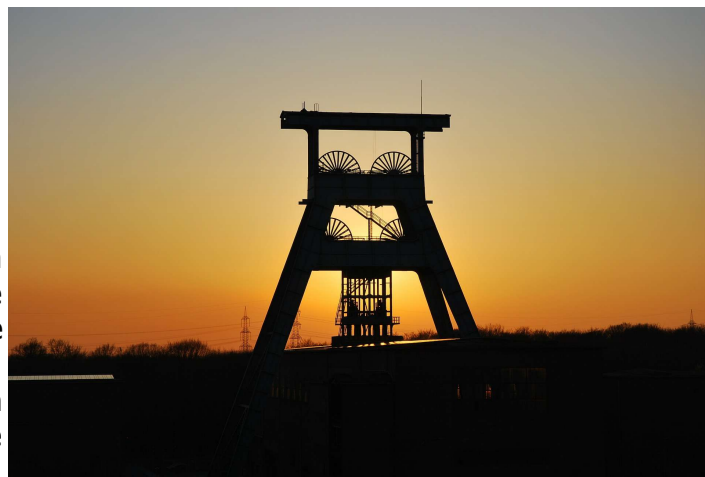
NRW-Wahl steigert Energiepreise und erzeugt Verknappung

[NAEB-Mitglied werden](#) und [NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen](#) [2]

NAEB 2211 am 22. Mai 2022

Die Grünen können ihre ideologischen Forderungen zur Energiewende durchsetzen.

Die eigentlichen Wahlsieger in Nordrhein-Westfalen sind Bündnis 90/Die Grünen. Ohne sie kann keine Regierung gebildet werden. Sie werden die Energiewende zur Klimaretter ambitioniert weiter betreiben. „Ambitioniert“ ist das Schlagwort für die Grünen, wenn weder Kosten noch technische und wirtschaftliche Grenzen hinterfragt werden. Die CDU ist gezwungen, die grüne Politik zu stützen. Sonst findet sie sich als stärkste Partei in der Opposition wieder.



Der Industriestandort NRW wird durch überhöhte Strompreise und spekulativen Handel mit Primärenergien ausgelöscht. [1]

Realistisch bewerten

Es ist eine schlimme Situation. Eine realistische Bewertung ohne Vorbehalte ist dringend notwendig, um die Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen. Dazu müssen zunächst die heimischen Energiequellen genutzt und ausgebaut werden, um Abhängigkeiten von ausländischen Lieferanten so gering wie möglich zu halten.

Grüne Träume

Nach den Vorstellungen der Grünen soll die Energie in Zukunft durch Windgeneratoren und Photovoltaikanlagen in Deutschland und von den angrenzenden Meergebieten gewonnen werden. Die geplante Abschaltung der Kohle- und Kernkraftwerke soll fortgesetzt werden. Die notwendigen Regelleistungen für den stark schwankenden und unplanbaren Wind- und Solarstrom sollen neue Gaskraftwerke liefern. Sie sollen, weil sie pro Kilowattstunde etwa 30 Prozent weniger CO₂ emittieren, die intakten Kohlekraftwerke ersetzen, die zurzeit das Stromnetz regeln und stabilisieren.

Energieverknappung

Werden die grünen Pläne realisiert, müssen die Energiepreise drastisch steigen. Gleichzeitig wächst der Energiemangel. Industriebetriebe müssen schließen. Haushalten werden Stromkontingente zugeteilt. Der Strom wird in wechselnden Gebieten für kürzere Zeiten abgeschaltet. Die Verantwortung für dieses Szenario wird aber der größten Regierungspartei, der CDU, von den Bürgern angelastet. Sie wird bei der nächsten Wahl Stimmen verlieren. Sie hat es versäumt, die Energie- und Klimapolitik kritisch und ohne Vorbehalte zu hinterfragen. Jede sinnvolle Maßnahme müsste sie aufgreifen und unterstützen.

Doch die CDU wollte mit ihrem Wahlprogramm offensichtlich die Grünen in der Klimapolitik noch übertreffen. Sie schadet sich selbst, wenn sie zum Stimmenfang utopische Forderungen unterstützt, die den Lebensstandard aller drastisch reduzieren.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Industry-cb49a189fa76e2a2

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

